

Die geplante Indexierung der Familienbeihilfe ist abzulehnen:

- gespart wird wieder mal bei denen, die hier wie dort eh am wenigsten zur Verfügung haben: Familien;
- die österr. Wirtschaft profitiert von den Erwerbstätigen aus Osteuropa und wird aus Demografiegründen auch auf deren Kinder angewiesen sein; aber die Familien/Kinder selbst sollen nicht profitieren dürfen?;
- Lenkungseffekte bez. Reduktion von Arbeitsmigration sind kaum zu erwarten: der Haupttreiber für eine Arbeitsaufnahme in Österreich aus Osteuropa heraus ist das deutlich höhere Gehalt. 50€ mehr oder weniger Beihilfe pro Kind sind kaum ausschlaggebend (Grossfamilien gibt es auch in Osteuropa nur wenige);
- europarechtswidrig und aussenpolitischer Schaden; vor allem in Bezug auf weniger erwünschte aussereuropäische Migranten ist Österreich auf die Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staaten angewiesen, die durch die geplante Massnahme nicht besser auf Österreich zu sprechen sein werden;
- die Aufweichung der pauschalisierten Beihilfenhöhe und Ausrichtung an tatsächlichen Lebenshaltungskosten könnte dazu führen, dass auch in anderer Hinsicht die Berücksichtigung der tatsächlichen statt pauschalisierter Lebenshaltungskosten eingefordert/-geklagt werden wird, z.B. der tatsächlichen Kosten für Wohnraum in Hochpreisgegenden wie Wien;
- die vermeintlichen Einsparungen werden z.T. durch mehr Bürokratie aufgefressen;
- es fliessen Millionenbeträge an Kinderzulagen z.B. aus der Schweiz an dort Erwerbstätige mit in Österreich wohnenden Kindern; gibt Österreich ein Beispiel, wird z.B. die Schweiz nachziehen und ihre Zulagen für Österreicher ebenfalls kürzen; d.h. mittelbar wären auch in Österreich lebende Kinder von Kürzungen betroffen und hiesigen Familien würde Kaufkraft entzogen.